

Refereed article

Intermediäre Akteure hinter den Kulissen demokratischer Wahlen. Der Fall Südkorea

Sang-Hui Nam

Summary

The aim of this study is to understand the effects of traditional and long-term group relations on elections in modern society. It focuses on intermediary actors who exert a great influence on the formation of political opinions in everyday life as well as in election campaigns. Based on the case of South Korea, the functions and forms of intermediary actors are examined. The questions are as follows: To what extent do previous and long-term institutions have a lasting influence on elections? Who are the intermediary actors involved in the process of democratization? How do old and new intermediary actors interact? In the first step, this study identifies three types of intermediary actors behind the scene of democratic elections in South Korea: (1) clientelistic networks, (2) civil society organizations, and (3) politician fan clubs. In the second step, it outlines four fields of interaction between them.

Keywords: election, intermediary, clientelism, civil society, fan club, democracy, multiple modernities

Sang-Hui Nam ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften/Fachgruppe Soziologie am Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Europa- und Globalisierungsforschung der Universität Bamberg.

Einleitung

Wählen gilt als eine der bedeutendsten Formen politischen Handelns in der modernen Demokratie. In den meisten Demokratisierungstheorien (Huntington 1991) erscheint die Wahl wie eine „Waffe“, mit der das Volk ein autoritäres Regime zu Boden schlagen kann (vgl. Marx und Engels 1974). Für die Zeit danach wird erwartet, dass es zu einer Konsolidierung der Demokratie kommt (Merkel 1997; Merkel und Puhle 1999). Bei genauerem Hinsehen sind regelmäßige Wahlen als Institution aber keinesfalls hinreichend für eine demokratische Gesellschaftsordnung. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass sich auch autoritäre Führungseliten durch Wahlen legitimieren können (Krennerich 2017). Während in modernen Demokratien jedoch erwartet wird, dass die Bürger selbstbewusst an der politischen Meinungsbildung partizipieren und so den politischen Prozess mitbeeinflussen, stützen sich die politischen Führer in autoritären Systemen zumeist auf die persönliche Mobilisierung klientelistischer Netzwerke.¹ Da diese Bindungen mit dem demokratischen Systemwechsel normalerweise nicht verschwinden, sondern weiter bestehen, stellt sich die Frage nach ihrer Bedeutung für den demokratischen Prozess.

In vielen Ländern, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine demokratische Öffnung erlebt haben, sind althergebrachte klientelistische Netzwerke für die Erklärung des Wählerverhaltens immer noch von großer Bedeutung (Croissant 2017; Merkel und Puhle 1999: 270). Der Begriff des Klientelismus geht von reziproken Beziehungen zwischen Akteuren (Klient, Patron und Broker) aus, die auf Freiwilligkeit und Ungleichheit beruhen (vgl. Kusche 2016: 20–23). In Demokratien wie in autoritären Regimen erhalten „Klienten“ (Wähler) einerseits täglich Güter, Begünstigungen und Dienstleistungen über „Broker“ (lokale und regionale Vermittler), während andererseits sie als Gegenleistung – besonders bei Wahlen – ihren Respekt und ihre Dankbarkeit gegenüber dem „Patron“ (zumeist einem „Spitzenpolitiker“) mit ihrer Stimmabgabe unter Beweis stellen (Auyero 1999; O’Donnell 1996). Über ihre Vermittlungsfunktion leisten die Broker in diesem Beziehungsdreieck einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung des persönlichen Verhältnisses zwischen den Klienten und ihrem Patron. Auf diese Weise entsteht eine „direkte Reziprozität im Verhältnis von (potenziellen) Wählern und politischen Kandidaten oder Amtsinhabern“ (Kusche 2016: 122).

Die Rolle, Funktion und Bedeutung klientelistischer Netzwerke lassen sich je nach Standpunkt unterschiedlich fassen: In der klassischen Modernisierungstheorie wird erwartet, dass sich die traditionelle Stammwählerschaft langfristig demokratischen Organisationsprinzipien unterordnen wird (Huntington 1991; Lipset und Rokkan 1967; Rostow 1997). In der Folge sollten klientelistische Netzwerke im Zuge der

1 Zum Wählerverhalten bieten sich folgende vier Erklärungsansätze an: soziologischer Ansatz, individualpsychologischer Ansatz, das Modell des rationalen Wählers sowie das Modell der sozialen Milieus (vgl. Korte 2013). Die vorliegende Studie bezieht sich zumeist auf den soziologischen Ansatz und das Modell des sozialen Milieus, ohne aber die restlichen Ansätze auszuschließen.

Modernisierung an Bedeutung verlieren. Rückschläge der Demokratie oder die Rückkehr autoritärer Eliten sind aus dieser Perspektive entweder nur temporäre Phänomene oder werden durch externe Krisen verursacht. Aus Sicht des *Multiple-Modernities*-Ansatzes stehen hingegen traditionelle bzw. vormoderne Institutionen nicht im Widerspruch zu einer modernen, funktional differenzierten Gesellschaftsordnung (Eisenstadt 2000; Eisenstadt und Roniger 1980; 1984). Mit Blick auf den Klientelismus deuten einige Studien sogar darauf hin, dass dieses System nicht nur in jungen Demokratien relevant ist, sondern auch in den liberalen Demokratien des Westens eine feste Einflussgröße darstellt (Chrysochoou, Stavridis und Moschonas 2000; Kusche 2016: 42).

Zum besseren Verständnis der Wirkungen, die vorangegangene und langfristige Gruppenverhältnisse auf Wahlen haben können, richtet die vorliegende Studie ihr Augenmerk auf die besondere Rolle intermediärer Akteure. Intermediäre Akteure (wie politische Parteien, Verbände, Gewerkschaften, diverse Bürgerbeteiligungsformen, Bewegungsorganisationen, Massenmedien und soziale Medien) beeinflussen Meinungsbildungsprozesse sowohl im Alltag als auch im Wahlkampf dadurch, dass sie individuelle Interessen der Bürger bündeln, sie in eine politische Agenda übersetzen und damit die Bürgerbeteiligung im politischen Prozess gewährleisten (Roth 2015; Rucht 2007). Wie in der vorliegenden Studie gezeigt wird, können sie aber auch in die Rolle des Brokers von klientelistischen Netzwerken schlüpfen.

Die Funktionen und Formen intermediärer Akteure in der Wahldemokratie lassen sich am Fall Südkoreas anschaulich illustrieren. Das Land hat sich in mehreren Schüben zu einer stabilen Demokratie entwickelt, in der die Klärung politischer Machtverhältnisse durch Wahlen größte Legitimität genießt. In einem ersten Demokratisierungsschub im Jahr 1948 wurde das allgemeine Wahlrecht im südlichen Teil Koreas unter dem Einfluss der USA erstmals eingeführt. Im selben Jahr rief das erste gewählte Parlament den Nationalstaat Südkorea (offiziell: Republik Korea) aus. In einem zweiten Demokratisierungsschub wurde 1987 nach monatelangen Massendemonstrationen vorzeitig eine direkte Präsidentenwahl angesetzt, die bis heute als entscheidender Befreiungsschlag gegen das etablierte Militärregime gilt (Kern 2004; 2005; 2007).

Obwohl die Institution der Wahl schon lange eine hohe Legitimität genießt, spielt der Klientelismus in Südkorea weiterhin eine wichtige Rolle (Merkel und Puhle 1999). Während der Diktatur hatte das Militärregime über drei Jahrzehnte hinweg seine klientelistische Politik durch Wahlen abgesichert – sogar nach zwei Militärputschen (1961, 1980) und unter Kriegsrecht (1972). Diese Wahlen stützten sich aber auf eine ausgeprägte klientelistische Mobilisierung, die den politischen Führer ins Zentrum rückte. Damit verbunden war nicht nur eine starke Personalisierung des Politischen, sondern auch die persönliche Diffamierung von Gegnern bis hin zu ihrer physischen Vernichtung. Auch wenn politische Wahlen als Mittel des friedlichen Machtwechsels spätestens seit der demokratischen Öffnung

von 1987 ein fester Bestandteil des politischen Lebens sind, hat sich an der großen Bedeutung klientelistischer Netzwerke als regionaler Machtbasis von Politikern kaum etwas verändert. Es scheint, als ob die tradierten Muster politischer Einbindung weitgehend stabil geblieben seien.

Diese Besonderheit der Wahldemokratie in Südkorea bringt die Rolle der intermediären Akteure ins Spiel und wirft folgende Fragen auf: Inwiefern üben vorausgegangene langfristige Gruppenbeziehungen einen dauerhaften Einfluss auf Wahlen aus? Welche intermediären Akteure entstehen im Demokratisierungsprozess? Wie wirken alte und neue intermediäre Akteure zusammen? Um diesen Fragen nachzugehen, befasst sich das nächste Kapitel mit drei Typen intermediärer Akteure, die hinter den öffentlichen Kulissen der Wahl oft eine wichtige Rolle spielen. Sie werden in zeitlich-historischer Abfolge vorgestellt: klientelistische Netzwerke, zivilgesellschaftliche Organisationen und Politiker-Fanclubs. Im darauffolgenden Kapitel werden die wechselseitigen Verflechtungsverhältnisse zwischen diesen drei Typen herausgearbeitet. Im letzten Kapitel folgen eine Diskussion über die Ergebnisse und ein Ausblick auf die weitere Forschung.

Typen intermediärer Akteure hinter den „Kulissen“ der Wahl

Die folgende Darstellung intermediärer Akteure beruht auf Eindrücken und Erfahrungen, die während zweier Forschungsaufenthalte in Südkorea gesammelt wurden (jeweils für drei Monate in den Jahren 2007 und 2017), insbesondere die teilnehmende Beobachtung zahlreicher Massenkundgebungen und Interviews mit Bewegungsaktivisten sowie politisch engagierten Bürgerinnen. Die erste Feldforschungsphase führte zu dem Ergebnis, dass die tragenden Kräfte des alten Militärregimes wieder an Bedeutung gewonnen hatten (Kern und Nam 2009; 2011). Beim zweiten Aufenthalt stand die über die Amtsenthebung der rechtskonservativen Ex-Präsidentin extrem polarisierte Öffentlichkeit im Mittelpunkt. Beide Forschungsaufenthalte dienten dazu, auf der Basis eigener Erfahrungen eine möglichst umfassende Vorstellung vom gleichzeitigen Nebeneinander unterschiedlicher Bürgerbeteiligungsformen vor Ort zu entwickeln. Sie bilden den Hintergrund für die nachfolgenden demokratietheoretischen Überlegungen zur politischen Entwicklung Südkoreas.

Fortbestand des Klientelismus

Während sich unter dem autoritären Militärregime kaum Organisationen entwickelt hatten, die die „freiwillige“ Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen (z. B. Wahlen) förderten, entstanden nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 zahlreiche neue intermediäre Akteure (Merkel 1997). Obwohl die Öffentlichkeit wie selbstverständlich von deren Partizipation am politischen Prozess ausging, stellte die neue Gesetzgebung im postautoritären Südkorea die Weichen in eine ganz andere Richtung. Absatz 87 des „Public Official Election Act“ (1994) lautete:

Organisationen, sei es mit oder ohne den Status als juristische Person, dürfen sich nicht während eines Wahlkampfes im Namen der Organisation oder der Organisationsleiter für oder gegen eine spezifische Partei oder einen spezifischen Kandidaten äußern oder Andere sich äußern lassen.²

Dieser Absatz macht deutlich, dass die Beteiligung intermediärer Organisationen an Wahlkämpfen zunächst nicht gefördert, sondern stark eingeschränkt wurde. Aber um welche Organisationen ging es in diesem Gesetz? Im Fokus standen vor allem alt-regimetreue Organisationen, die nach dem Regimewechsel weiter existierten, ihre Mitglieder weiter klientelistisch mit Leistungen versorgten und diese so jederzeit für Kampagnen oder Massenkundgebungen mobilisieren konnten. Bis heute lässt sich bei großen Demonstrationen beobachten, dass Bürger vom Lande gruppenweise mit gemieteten Reisebussen zu Veranstaltungsorten in Seoul gebracht werden.

Unter dem autoritären Militärregime war die Bevölkerung systematisch durchorganisiert worden (Kern 2007: 42–47). Ein Beispiel hierfür ist das regierungsgestützte New Village Movement (koreanisch: *Sae'ma'ül un'dong*) seit 1972. Lokale Ortsgruppen wurden zuerst in allen ländlichen und später auch städtischen Bezirken und Provinzen gegründet. Als quasi-zivile Organisationen erhielten sie umfangreiche Subventionen von der Regierung, staatliche Schenkungen (wie etwa Unternehmen, Gebäude, Grundstücke, Aktien und Banken) und Privilegien (wie etwa Stipendien). Die Bewegungsvertreter verteilten diese Ressourcen von der Zentralregierung auf kommunaler Ebene unter der Bevölkerung und erwarteten dafür im Gegenzug deren Loyalität.

Bald wurde deutlich, dass der tief verwurzelte Klientelismus als Institution nicht durch einige Gesetzesrevisionen oder den Wechsel des Staatspräsidenten abgeschafft werden konnte.³ Der erste Grund dafür liegt in der anhaltenden Bedeutung klientelistischer Netzwerke auch außerhalb der Wahlperioden. Die konfuzianischen Ideale der Pietät und Loyalität, die das autoritäre Regime seit den 1960er-Jahren zur Legitimation seiner Herrschaft breit propagiert hatte, spielten im Alltagsleben weiterhin eine wichtige Rolle. Dabei wird die sittlich geforderte Pietät der Kinder gegenüber dem Familienvater oder Clanchef auf die Loyalität der Bürger zu ihren politischen Führern übertragen (Weber 1980). Über die traditionelle Erziehung, die „Volksbildung“ in den Schulen und die moralischen Vorstellungen in den Massenmedien hat sich dieses Leitbild weiter am Leben gehalten und prägt als informelle Norm bis heute das Zusammenleben im privaten und öffentlichen Bereich.

Ein zweiter Grund für die Resilienz des Klientelismus ist die enge Verflechtung klientelistischer Netzwerke mit kommunalen Verwaltungen und politischen

2 Übersetzt von der Verfasserin.

3 Köllner (2000) verweist auf den Fortbestand informeller Politik in Parteien und Parlamenten. Diese ist gekennzeichnet durch Personalismus, Bossismus, Klientelismus, Fraktionismus, Regionalismus oder Neopatrimonialismus.

Akteuren aus den Regierungsparteien. Der Partikularismus von politischen Amtsträgern wird dadurch noch weiter verstärkt (Eisenstadt und Roniger 1984: 144). Das autoritäre Militärregime baute seine Herrschaft auf einem klientelistischen Zusammenschluss von regionalistischen Parteien, Kommunalverwaltungen und regierungsgestützten quasi-zivilen Organisationen auf. Die Bindung zwischen den Wählern und den zu wählenden Kandidaten wurde während der Wahlperiode zwar intensiv aktiviert, beschränkte sich aber nicht auf das Politische, sondern wurde außerdem auf kultureller und religiöser Ebene gepflegt. Bei konfuzianischen Zeremonien (Ahnenkult, Clan-Treffen, Hochzeiten, Beerdigungen etc.) werden auch heute noch Wahlgeschenke und Begünstigungen großzügig verteilt. Dies geschieht nicht nur bei Wahlen, sondern ist ein normaler Bestandteil des Alltagslebens.

Vor diesem Hintergrund verwenden die Abgeordneten viel Energie darauf, als Kandidaten von der Parteizentrale in der „passenden“ Region mit den „passenden“ Netzwerken aufgestellt zu werden. Persönliche Loyalitäten sind dabei oft wichtiger als das Gemeinwohl. In der Folge können südkoreanische Parteien mit großer Leichtigkeit ihren Namen ändern oder Politiker ihre Parteizugehörigkeit wechseln, ohne ihre Karriere zu gefährden. Denn die Netzwerke sind persönlich und bleiben stabil. Formelle Parteimitgliedschaften oder politische Programme spielen nur eine untergeordnete Rolle. Daraus hat sich ein stabiler Regionalismus entwickelt, in dem sich Wahlentscheidungen zum größten Teil an der Herkunft der Kandidaten und ihren regionalen Identitäten orientieren (Choi 1993; Kim 2003; Lipset und Rokkan 1967).⁴

Berücksichtigt man die Umstände, ist es ein riskantes Spiel, wenn neue demokratische Eliten die politische Macht dezentralisieren und kollektive Partizipationsmöglichkeiten erweitern. Dieses Vorgehen birgt die Gefahr, dass dabei unbeabsichtigt die alt-regimetreuen regionalistischen Kräfte gestärkt werden (Cho 2007). Der oben erwähnte „Public Official Election Act“ (1994) lässt sich somit als ein Kompromiss deuten. Nach der Gesetzesnovelle von 1998 wurde die rechtliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit allmählich gelockert. Aus dem Wahlkampf ausgeschlossen sind mittlerweile nur noch explizit klientelistische Formationen (wie lokale Clans und die damit eng verbundenen Netzwerke auf der Basis von Bildungs-, Familien- und Regionalzugehörigkeiten), Freizeitgruppen (wie Wander- oder Sportvereine) und private Sparclubs (Yee und Nam 2008). Erst im Jahr 2000 wurde die Beteiligung von legalen Gewerkschaften und politischen Ad-hoc-Gruppen bei Kampagnen zur Präsidentenwahl erlaubt. Dieser langsame Wandel von rechtlichen Bestimmungen zeigt deutlich, dass intermediären Organisationen während der Wahlperiode nur zögerlich eine partizipatorische Rolle eingeräumt wurde.

4 Die regionalen Konfliktlinien in Südkorea verlaufen hauptsächlich zwischen der südöstlichen (*Kyōng'sang'-do*) und südwestlichen Provinz (*Chōn'ra'-do*).

Entwicklung der Zivilgesellschaft

Für die Kanalisierung kollektiver Proteste wurden nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 in der „Zivilgesellschaft“ (koreanisch: *Si'min'sa'hoe*, ein eingebürgerter Begriff) nach und nach neue Formen der Bürgerbeteiligung institutionalisiert. Ein starker Einfluss ging dabei von der „*global civil society*“ aus (Cho 2002; Kern 2010; Lim und Kong 2006, 2010; Nam 2010). Nach der demokratischen Öffnung knüpften Protestaktivisten schnell über die nationalen Grenzen hinweg zahlreiche Kontakte und beteiligten sich an internationalen Protestkampagnen in Rio (1992), Seattle (1999), dem World Social Forum (seit 2001) etc. Dem Anspruch nach universale globale Werte wie Menschenrechte, Frauenrechte und Umweltschutz (Anheier, Kaldor und Glasius 2005) rückten so immer stärker ins Zentrum kollektiver Proteste (Boli und Thomas 1999; Kern 2010; Meyer 2010; Meyer, Frank und Hironaka 1997). Neben den Protestgruppen, die in einem konflikthaften Verhältnis zum Staat stehen, haben sich zudem zahlreiche intermediäre Akteure gebildet, die mit dem Staat bei der Lösung sozialer Probleme teilweise eng kooperieren (Hong und Shin 2007; Joe 2001; Kim und You 2004). Der „Assistance for Non-Profit, Non-Governmental Organizations Act“ (2000) wurde verabschiedet, um solche „komplementären“ (Anheier 2005: 285) Formen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus zu unterstützen.

Der strategische Schwerpunkt der südkoreanischen Zivilgesellschaft liegt im Ballungsraum von Seoul, wo etwa ein Fünftel der Wähler ihren Wohnsitz haben. Großstädte zeichnen sich durch spezifische Merkmale aus, die die Verbreitung neuartiger zivilgesellschaftlicher Organisation fördern. Ihre Bewohner sind gegenüber der Globalisierung zumeist aufgeschlossener und nicht so festgelegt in ihren Bindungen an ursprüngliche Herkunftsregionen und klientelistische Netzwerke. Dementsprechend treffen zivilgesellschaftliche Gruppen mit ihrem Habitus oft besser das Lebensgefühl der großstädtischen Bevölkerung. Sie erreichen so mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit ein breites Publikum, das ihnen wiederum mit kleineren Spenden oder anderen Formen der Unterstützung entgegenkommt.

In der Folge des demokratischen Systemwechsels entwickelte die neue Zivilgesellschaft schnell eine starke Sogkraft. Alt-regimetreue und quasi-zivile Organisationen konnten unter dem Etikett der Zivilgesellschaft mit der Zeit aber ebenfalls ihre Aktivitäten wiederbeleben und weiterführen. Insbesondere drei große nationale Organisationen (New Village Movement, Korea Freedom Federation und The Society for a Better Tomorrow) erhalten weiterhin Subventionen vom Staat auf der Basis eines Sondergesetzes. Sie behalten damit größtenteils die Privilegien, die sie bereits unter dem autoritären Regime hatten. Ihre modifizierte Identität als zivilgesellschaftliche Organisationen wurde spätestens angenommen, als ihnen das UN Economic and Social Council Anfang der 2000er-Jahre einen offiziellen Status verlieh. Im Anschluss wurde der rechtsgerichtete Dachverband „New Right Movement“ (2004) ins Leben gerufen als Gegenstück vor allem zu den aus der

südkoreanischen Demokratiebewegung hervorgegangenen (linksliberalen) Protestorganisationen.

Die Zivilgesellschaft hat sich somit zu einem heterogenen Gemisch aus vielfältigen intermediären Organisationen mit völlig verschiedenen historischen Wurzeln entwickelt. Unter ihrem Schirm versammeln sich wiederbelebte rechtskonservative Organisationen und linksliberale Protestgruppen, die sich bereits während der Militärdiktatur in den 1980er-Jahren feindselig gegenüberstanden. Bei fast allen Themen liegen beide Lager miteinander über Kreuz (Kim 2017; Shin 2008). Universal geltende Werte wie Menschenrechte und Umweltschutz bilden dabei keine Ausnahme. Entgegen verbreiteten Erwartungen, nach denen die Zivilgesellschaft als neue organisatorische Basis der Bürgerbeteiligung zur Konsolidierung der jungen Demokratie in Südkorea beitragen sollte, konstituiert sie sich als „fragiler“ (Roniger und Günes-Ayata 1994: 9) institutioneller Rahmen für soziales Engagement, der nicht immer demokratieförderlich ist (Ha 2006).

Politiker-Fanclub als personalisiertes Kollektiv

In den Monaten vor der Präsidentenwahl von 2002 tauchte eine vollkommen neue Form der öffentlichen Wählermobilisierung in Südkorea auf. Ein Verein mit dem Namen „Nosamo“⁵ bezeichnete sich selbst als erster „Politiker-Fanclub“, der sich für Roh Moo-hyun engagierte.⁶ Wesentliche Träger dieser Wählerbewegung waren Großstädter, die am Protest gegen die autoritäre Herrschaft in den 1980er-Jahren aktiv oder passiv teilgenommen hatten. Ein großer Teil dieser Kohorte fühlte sich durch die bestehende Zivilgesellschaft nicht ausreichend repräsentiert. Außerdem litten die städtischen Mittelschichten ganz besonders unter den neoliberalen Strukturereformen nach der Finanzkrise von 1997/98. Unter diesen Bedingungen bildeten sich neue intermediäre Gruppen als Politiker-Fanclubs, die zur etablierten Politik auf Distanz gingen und sich stattdessen an einem popkulturellen Leitbild orientierten (Roose, Schäfer und Schmidt-Lux 2017). Die Wähler üben ihren Einfluss auf den politischen Prozess dabei erstens kollektiv und zweitens unvermittelt aus (Chang 2007).

Fanclubs für Popstars sind ein Produkt der demokratischen Öffnung hin zum Bereich der populären Massenkultur, die unter dem autoritären Militärregime ausschließlich in eine rechtskonservative und antikommunistische Richtung gesteuert worden war. Im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung kam in der populären Massenkultur in Südkorea zunächst eine Vielfalt von neuen Themen auf, die unter dem autoritären Regime teilweise tabuisiert worden waren. Insbesondere Teenager nutzen den Konsum von Popmusik, um sich in subkulturellen „Szenen“ vom

5 „Nosamo“ ist eine Abkürzung für „die Gruppe von denen, die Roh Moo-hyun lieben“. Die Gruppe bildete sich zunächst online im Jahr 2000. Damals war Roh Moo-hyun ein wenig bekannter Abgeordneter, der die Abschaffung des stark verankerten Regionalismus in Südkorea zum obersten Ziel seiner politischen Karriere gemacht hatte.

6 Bei koreanischen Namen im Haupttext wird der Familienname vor den Vornamen angegeben.

Konkurrenzdruck in den Schulen zu befreien und sich von der erwachsenen Generation abzugrenzen (Park 1995). Mit der Liberalisierung der Medienmärkte und der Verbreitung der Internetkommunikation bildeten sich Fanclubs mit teilweise hunderttausenden Anhängern, die ihren Star als „Idol“ verehren und jeden seiner Schritte aufmerksam verfolgen (vgl. Roose, Schäfer und Schmidt-Lux 2017). Mit der Entstehung von Nosamo wurde das Konzept der popkulturellen Fanclubs in Südkorea zum ersten Mal auch auf das politische Feld übertragen. Diesmal beteiligten sich aber weniger Teenager, sondern vor allem junge, erwerbstätige und wahlberechtigte (!) Erwachsene in den Großstädten.

Wie das Wort „Liebe“⁷ (mit „romantischer“ Konnotation) im Namen der Fanclubs impliziert, rückt in politischen Fanclubs die emotionale und persönliche Bindung an den Star-Politiker ins Zentrum. Fans pflegen die persönlichen Beziehungen zu ihrem Politiker durch das Überreichen von Geburtstagsgeschenken oder bei gemeinsamen Treffen am Stammtisch. Bei Wahlen unterstützen sie ihren Kandidaten mit großer Leidenschaft in Parteiversammlungen, auf Massenkundgebungen und in Wahlkampagnen. Explizite Gegenleistungen gibt es keine. Ihr Engagement wird vielmehr durch positive Gemeinschafts- und Selbstwertgefühle belohnt. Daraus folgend kann der Politiker-Fanclub als identitätssuchende und -stiftende Bewegung verstanden werden.

Angesichts der Kurzlebigkeit der Fanbindung stellt sich im nächsten Schritt die legitime Frage, ob ein Politiker-Fanclub ohne institutionelle Verankerung als Alternative zu bestehenden Formen des Engagements in Parteien wirklich tragfähig ist (Jenkins, Sriram und Choi 2016: 306). Die Schwächen dieser neuen Organisationsform wurden bald offenbar. Mit dem knappen Wahlsieg vom Dezember 2002 hatte Nosamo zwar wesentlich dazu beigetragen, dass sein „Star-Politiker“ Präsident geworden war. Dieser Erfolg veranlasste jedoch andere Politiker und ihre Anhänger in den Regionen zur Gründung eigener Politiker-Fanclubs.⁸ In der Konsequenz wurde die Grenze zwischen personenorientiertem Starkult und regionalistischem Klientelismus immer unschärfer. Die im Kern anti-regionalistischen und universalistischen Leitideen bei der Gründung von Nosamo verloren allmählich an Bedeutung. Hingegen hat sich der Politiker-Fanclub stärker als dauerhafte Bürgerbeteiligungsform etabliert, mit der in Wahlperioden wie im Alltag über Freizeitaktivitäten und kollektive Events die Fans die persönliche Beziehung zu ihrem Star-Politiker pflegen.

7 Siehe Fußnote 5.

8 Als bekanntestes Gegenstück von „Nosamo“ gilt die 2004 gegründete Gruppe „Parksamo“. Die Abkürzung steht für „die Gruppe von denen, die Park Geun-hye lieben.“ Die Star-Politikerin ist die Tochter des ehemaligen Präsidenten und Diktators Park Chung-hee, der von 1961 bis 1979 regierte. Im Jahr 2013 wurde Park Geun-hye zur Staatspräsidentin gewählt. Die im Jahr 2006 gegründete Gruppe „MB-Sarang“ zielt auf Lee Myung-bak, der als ehemaliger Top-CEO im Jahr 2007 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. 2016 gründeten die Anhänger des ehemaligen Top-CEO Ahn Cheol-soo den Fanclub „Ahsamo“. Die Gruppe „Moonfan“ entstand 2016 und bezieht sich auf Moon Jae-in, der 2017 ins Präsidentenamt gewählt wurde.

Die Anziehungskraft des ersten Politiker-Fanclubs in Südkorea ging vor allem von der Vision und dem persönlichen Charisma des Kandidaten aus. Roh Moo-hyun wollte den Regionalismus überwinden und sprengte über Nosamo alle Brücken zur klientelistischen Netzwerkkultur Südkoreas (Kern und Nam 2009). Roh und seine großstädtischen Fans waren so relativ frei vom Einfluss bestehender Organisationen und konnten das Thema Regionalismus erfolgreich ins Zentrum ihres Wahlkampfes rücken und skandalisieren. Aufgrund der leidenschaftlichen Unterstützung seiner Fans war der erste „Star-Politiker“ jedoch stets dem Verdacht des Linkspopulismus ausgesetzt.⁹ Ihm wurden regelmäßig Ressentiments unterstellt gegenüber dem gesellschaftlichen Establishment (Kimura 2009).¹⁰ Das Beispiel von Nosamo illustriert somit anschaulich, dass mit dieser Form der Mobilisierung zwar kurzfristige Erfolge im Kampf gegen den Klientelismus möglich waren (Hartleb 2012: 56), langfristig behielten die klientelistischen Netzwerke aber die Oberhand.¹¹

Verflechtungsbeziehungen zwischen intermediären Akteuren

Wie im vorangehenden Kapitel gezeigt, setzte sich der politische Klientelismus in der postautoritären Ära weiter fort. Darüber hinaus verband er sich mit neuen kollektiven Partizipationsformen der Zivilgesellschaft und mit den neu entstandenen Politiker-Fanclubs. Der *Multiple-Modernities*-Ansatz erweist sich an diesem Punkt als analytisch besonders fruchtbar, da Institutionen oft stabil bleiben, „insbesondere wenn sie in der Geschichte so tief verankert sind wie der Klientelismus“ (O’Donnell 1996: 43; vgl. Sennett 2006: 47). Das heißt jedoch nicht, dass die drei intermediären Organisationstypen statisch nebeneinander liegen. Vielmehr kommt es zwischen ihnen zu vielschichtigen Verflechtungen (Elias 1997). Die Frage lautet somit: Wie sind diese Typen miteinander verbunden und aufeinander bezogen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Zur Beantwortung dieser Fragen werden im Folgenden zunächst die zentralen Merkmale der drei beschriebenen Organisationstypen anhand von vier analytischen Kategorien dargestellt: Bindungsnormen, Bindungsregeln, Ziele und Wirkungsraum.

9 Der Begriff „Populismus“ wurde Ende der 1990er-Jahre im öffentlichen Diskurs in Südkorea verwendet, als die damalige liberale Regierung unter der Anleitung des IWF im Gefolge der asiatischen Finanzkrise eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen einführte (z. B. eine nationale Kranken- und Rentenversicherung im Jahr 2000). Die wohlfahrtsstaatliche Politik wurde besonders in den rechtskonservativen Medien, bei Reformgegnern und Regierungskritikern als „(links)populistisch“ etikettiert.

10 Die Karriere von Roh unterscheidet sich deutlich vom typischen Werdegang koreanischer Eliten. Er erhielt die Zulassung als Anwalt „nur“ durch ein staatliches Juraexamen, ohne an einer südkoreanischen Eliteuniversität studiert zu haben.

11 Star-Politiker wie Roh Moo-hyun und Ahn Cheol-soo haben jeweils eine neue überregionale Partei (2003 und 2013) gegründet. Diese Parteien erwiesen sich aber als sehr kurzlebig.

Tabelle 1: Klientelistische Netzwerke, Zivilgesellschaft und Politiker-Fanclubs im Vergleich

Kollektive Kategorien	Klientelistische Netzwerke	Zivilgesellschaftliche Organisationen	Politiker-Fanclubs
Bindungsnormen	Gruppenorientierung, Loyalität (hierarchisch, autoritär, unnahbar, pflichtbewusst) schwer kündbar	Freiwilligkeit, Mitgliedschaft, Partizipation an Aktionen leicht kündbar	Freiwilligkeit, Loyalität (populär, sympathisch, volksnah) schwer kündbar, aber ggf. volatil
Bindungsregeln	informell, kollektiv, persönlich Vereinigung ohne Satzung	formal, individuell Vereinigung mit Satzung	informell, individuell, persönlich Vereinigung ohne Satzung
Ziele	Partikularinteressen Exklusion der Andersartigen	Gemeinwohlorientierung Inklusion der Benachteiligten und Minderheiten	Identitätssuche/-stiftung Inklusion der Benachteiligten, Exklusion der Andersdenkenden
Wirkungsraum	ländlich, lokal, regional	großstädtisch, national, global	großstädtisch, national, stark mediatisiert

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 1 zeigt deutlich, dass klientelistische Netzwerke und zivilgesellschaftliche Organisationen in jeder Hinsicht ein klares Gegensatzpaar bilden. In Bezug auf Bindungsnormen und -regeln beruht die Zivilgesellschaft auf der freiwilligen Teilnahme einzelner Bürger, die in einer formalen Organisationsmitgliedschaft zum Ausdruck kommt. Die Mitgliedschaft ist leicht kündbar, solange das Engagement auf der Zustimmung zu spezifischen sachlichen Zielen beruht. Der Organisationsprozess stützt sich auf eine Satzung, die den Ein- und Austritt der Mitglieder regelt. In klientelistischen Netzwerken sind demgegenüber persönliche Gruppennormen (oft ohne Satzung) zumeist viel wichtiger. Die Spitzenpolitiker stützen sich auf die Loyalität ihrer Klienten innerhalb einer hierarchisch-autoritären Beziehung. Auch wenn sie keine Satzung haben, bleibt die informelle und persönliche Bindungskraft dieser Gruppen stark, solange die informelle Beziehung als soziales Kapital im Alltag wirksam eingesetzt werden kann. Da der Mitgliedschaftsstatus der Anhänger nicht rechtlich abgesichert ist, fällt die Kündigung eines reziproken Verhältnisses oft zuungunsten der Klienten aus. Klientelistische Netzwerke beruhen darüber hinaus auf partikularen Gruppeninteressen, die andere regionale Identitäten als Gegner ausschließen. Im Unterschied dazu orientieren sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen zumeist stärker am Gemeinwohl und zielen dabei oft auf die Integration von Benachteiligten und Minderheiten. Trotz völlig entgegengesetzter Ziele kommt es zwischen beiden Seiten jedoch selten zu einer Konfrontation, da sie sich über separate

Wirkungsräume erstrecken: Klientelistische Netzwerke dominieren auf dem Land, zivilgesellschaftlichen Organisationen in den großstädtischen Räumen.

Der Politiker-Fanclub verkörpert in vielerlei Hinsicht eine Mischform zwischen beiden vorangehenden Typen. Im Hinblick auf die Bindungsnormen und -regeln teilen Politiker-Fanclubs und zivilgesellschaftliche Organisationen die Freiwilligkeit und die starke Betonung des Individuums (unabhängig von kollektiven Zugehörigkeiten). Die Bindung der Fans an den charismatischen Politiker teilt aber auch Gemeinsamkeiten mit klientelistischen Beziehungen. Die Loyalität ist persönlich. Die Aufkündigung der Bindung (und der Austritt aus der Gruppe) kann aufgrund des starken emotionalen Engagements zudem oft ähnlich schwer fallen. In eingeschränktem Maße sind Politiker-Fanclubs somit auch vergleichbar mit klientelistischen Netzwerken (O'Donnell 1996) – sie erscheinen nur in anderem Gewand, nämlich dem der Populärkultur. Im Hinblick auf die Zielsetzung nehmen Politiker-Fanclubs zudem eine besondere Position ein, da sie einerseits die Loyalität zum Star-Politiker betonen, aber andererseits (zumindest zu Beginn bei Nosamo) für die soziale Integration benachteiligter Regionen eintreten. Der Status des Politikers wird nicht funktional wahrgenommen, sondern personalisiert. Während klientelistische Netzwerke dem Patron eine Schutzrolle zuschreiben, wird der Star-Politiker eher von den Fans geschützt. Daraus lässt sich ableiten, dass klientelistische Netzwerke und Politiker-Fanclubs zueinander in einem ambivalenten Verhältnis stehen, das zugleich konflikthaft und komplementär ist. Mit Blick auf den Wirkungsraum stützen sich Politiker-Fanclubs und zivilgesellschaftliche Organisationen auf den großstädtischen Raum als Basis. Beide sind damit eher dem liberalen Klima der Großstädte angepasst.

Am Beispiel der intermediären Organisationen in Südkorea lässt sich im nächsten Schritt zeigen, wie sich klientelistische Gruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Politiker-Fanclubs aufeinander beziehen und dabei stets immer wieder anpassen und verändern. Die folgende Abb. 1 illustriert diesen Verflechtungszusammenhang, der sich im Hintergrund der „Kulissen“ demokratischer Wahlen bildet.

Abb. 1: Die Kraftfelder intermediärer Akteure

Interaktionsform	Informalität	Formalität
Kommunikationsfluss		
Führungspositionen	Patrone, Star-Politiker, regionale „Berühmtheiten“ C	Politische Amtsträger, regionalistische Parteien D
Basis	Klienten, Politiker-Fanclubs B	Kommunalverwaltung, Regierungsnah und regierungskritische zivile Organisation A

Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 1 besteht aus zwei Dimensionen: Die horizontale Dimension verweist auf die Informalität/Formalität von Interaktionen. Da informelle Beziehungen zwischen Wählern und Kandidaten einen wichtigen Stellenwert haben (Merton 1968: 128), müssen sie als zentraler Bestandteil des politischen Handelns in der modernen Gesellschaft weiterhin beachtet werden (Dittmer 2000; O'Donnell 1996). Die vertikale Dimension verweist auf den Kommunikationsfluss zwischen Wählern und Kandidaten. Die informellen/formellen Interaktionen befinden sich ständig im Kommunikationsfluss von oben (Führungspositionen) nach unten und von unten (Basis) nach oben. Aus der Kreuzung dieser beiden Dimensionen ergeben sich vier „Kraftfelder“, die sich zwar analytisch voneinander abgrenzen lassen, in der empirischen Wirklichkeit aber oft ineinander übergehen.

Kraftfeld A gilt in der Öffentlichkeit wie in der Demokratietheorie als zentraler Funktionsbereich der Zivilgesellschaft: In den formalen Organisationen moderner Gesellschaften wird das Handeln normalerweise durch in Satzungen festgelegte Verhaltenserwartungen normiert (Schimank 2000). Der intermediären Graswurzelorganisation, deren Mitglieder sich selbst „von unten“ formal ihre eigenen Regeln geben und Ziele setzen, wird unter dem Stichwort der Bürgerbeteiligung normativ oft eine zentrale Bedeutung für die Demokratie beigemessen. Nach der demokratischen Öffnung wurde für Südkorea allgemein erwartet, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen neben den Interessensverbänden der Unternehmen und den Gewerkschaften als Träger der Bürgerbeteiligung in Südkorea etablieren würden (Croissant 1997; Merkel und Puhle 1999; Roth 2015). Dabei wurde jedoch übersehen, dass dieses Kraftfeld kein leerer Raum war. Vielmehr existierten bereits zahlreiche regierungsgestützte quasi-zivile Organisationen. Diese gerieten zwar unter Druck, als das alte Regime zerbrach, die

Interessen lokaler (klientelistischer) Netzwerke blieben aber weiterhin politisch wirksam.

Kraftfeld B schließt die Bindungen ein, die sich auf der Basis von persönlichen Bekanntschaften, Nachbarschaften, Freundschaften oder primordialen Zugehörigkeiten gebildet haben. Diese informellen Netzwerke haben keine (formal) festgelegten Satzungen und müssen sich nicht unbedingt an den Idealen der Demokratie orientieren. Nach dem Rückzug des autoritären Regimes wurde zunächst erwartet, dass das Kraftfeld B aus dem politischen Prozess langsam verdrängt und durch das Kraftfeld A ersetzt würde. Dies ist aber nicht eingetreten: Klientelistische Netzwerke haben ihren Einfluss auf die Politik nicht verloren, da sie ihren Spitzenpolitikern, regionalen Berühmtheiten und Parteien gegenüber weiterhin loyal geblieben sind. Der erste Politiker-Fanclub bildete sich im großstädtischen Raum jenseits von Kraftfeld A. Im Zentrum dieses Typs steht die emotionale Bindung an einen populären Politiker und die Entwicklung einer darauf beruhenden Gruppenidentität. Im Vergleich zu regionalistisch-klientelistischen Netzwerken verfügt der Politiker-Fanclub kaum über Verbindungen zur kommunalen Verwaltung oder den etablierten (regionalistischen) Parteien. Anfangs standen Politiker-Fanclubs im Konkurrenzverhältnis zum politischen Klientelismus und zur Zivilgesellschaft. Dieses Spannungsverhältnis hat sich aber in dem Maße aufgelöst, in dem sich der Star-Politiker und der Patron in einer Person vereinigt haben.

Kraftfeld C umfasst die politische Führungselite, die sich auf der Basis ihrer persönlichen Autorität paternalistisch oder charismatisch geben kann. Als Staatspräsidenten, Parlamentarier, Gouverneure etc. üben die Mitglieder dieser Elite mit ihrem Amtscharisma und ihrer Position in Kraftfeld D einen wesentlichen Einfluss auf den politischen Prozess aus. Sie stehen dabei nicht nur im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die auch unter demokratischen Bedingungen¹² relativ starke Konzentration von kulturellen, sozialen und politischen Einflusspotenzialen innerhalb dieses Zirkels führt zudem immer wieder dazu, dass sich die gewählte Exekutive im Sinne einer „delegativen“ Demokratie (O'Donnell 1994) befugt fühlt, eigenmächtig und ohne Angabe von Gründen zu regieren (Aytaç und Öniş 2014: 56). Auf diese Weise leisten beide Kraftfelder (C und D) ihren ganz eigenen Beitrag zur dauerhaften Stabilisierung des Klientelismus.

Wie in Abb. 1 gezeigt, lassen sich die Beziehungsgeflechte hinter den Kulissen demokratischer Wahlen durch Macht- und Konkurrenzkämpfe zwischen alten und neuen Institutionen im Transformationsprozess erklären. In den letzten drei Jahrzehnten ist eine starke Politisierung intermediärer Organisationen deutlich zu erkennen (Cigler und Loomis 1998; Flinders und Wood 2015; Verba, Schlozman und Brady 1995). Die persönliche Verbundenheit mit Berühmtheiten, die stark

12 Seit der neunten Verfassungsänderung von 1987 liegt die Amtszeit eines Präsidenten bei fünf Jahren. Das Prinzip der relativen Mehrheitswahl wurde seitdem ebenfalls unverändert beibehalten. Aus Platzgründen ist die Studie nicht darauf eingegangen, wie das südkoreanische Wahlsystem mit der Machtkonzentration in der Hand des Präsidenten zusammenhängt.

zersplitterte, regionalistische Parteienlandschaft und die Einmischung staatlicher Verwaltungen führen immer wieder dazu, dass wichtige Wahlen in einer aufgeheizten Stimmung stattfinden, und zwar im Privaten wie im Öffentlichen. Kurz nach der Wahl stellen sich Politiker und die mit ihnen verbundenen intermediären Organisationen zumeist umgehend auf die nächste Wahl ein. Ihre persönlichen Anhänger sind stets leicht mobilisierbar für Straßendemonstrationen – auch außerhalb der Wahlkampfperiode. In der Folge werden Massenmobilisierungen oft gezielt genutzt, um direkten Druck auf die Regierung und ihre Politik auszuüben (vgl. Merkel 2011).

Diskussion und Ausblick

Wie in den vorangehenden Kapiteln gezeigt, existieren traditionelle, moderne und hybride Formen intermediärer Akteure in Südkorea parallel nebeneinander. Sie konkurrieren miteinander, kämpfen um Anerkennung, beziehen sich aufeinander und verändern sich dabei fortwährend. In diesem Beziehungsgeflecht geht vom Klientelismus und Regionalismus trotz hoher funktionaler Differenzierung und demokratischer Öffnung weiterhin eine kapillare Bindungskraft aus, die für die öffentliche Meinungsbildung vor Wahlen von zentraler Bedeutung ist. Obwohl der Klientelismus in Südkorea sich mit den „*guanxi*“ in China und „*oyabun-kobun ties*“ in Japan in vielen Aspekten überschneidet (Eisenstadt und Roniger 1984: 140 ff.), folgt das Zusammenwirken intermediärer Akteure in Südkorea einer eigenen Logik, die sich an der Familiennorm der Pietät orientiert: Die Pietät der Kinder gegenüber dem Familienoberhaupt wird in eine staatsbürgerliche Loyalität übersetzt, die als für alle verbindlich angesehen wird. Dies steht anscheinend nicht im Widerspruch zu dem selbstbestimmten modernen Subjekt, das von den ökonomischen und politischen Institutionen beim Konsumieren und Wählen vorausgesetzt wird.

Dieser Befund lässt sich als Folge einer komprimierten Modernisierung („*compressed modernity*“) deuten (Chang 1999; 2010). Chang vertritt die These, dass die Modernität in Südkorea in zeitlicher und räumlicher Dimension „highly compressed“ ist und dabei zahlreiche heterogene Elemente miteinander verbindet (vgl. Beck und Grande 2019). Parallel zur liberalen Marktwirtschaft und Demokratie funktioniert etwa die Familie weiter als ein effektiver Träger der Bildungs- und Wohlfahrtspolitik. Die Familien übernehmen zahlreiche Aufgaben, die in Westeuropa vom Staat ausgefüllt werden. An der Stelle des individuellen Liberalismus wird so ein „familiarer Liberalismus“ (Chang 2018) gesetzt. Die Bindung an intermediäre Organisationen steht weiterhin unter dem Einfluss clan- und familienförmiger Gruppennormen. Auf der organisatorischen und institutionellen Ebene trägt der „bürokratische Autoritarismus“ zudem dazu bei, dass diese Logik immer weiter auf die Bildung intermediärer Organisationen einwirkt (Han 1983; vgl. O’Donnell, 1973).

Die folgenden drei Punkte bieten sich als Ansatzpunkt für weitere Forschungen an, die über den Fall Südkoreas hinaus die vielfältigen Verflechtungsordnungen

zwischen intermediären Akteuren in den Blick nehmen. Der erste Punkt lenkt die Aufmerksamkeit auf die Funktion der Großstädte und die Rolle ihrer Bewohner, die bei politischen Entscheidungen zunehmend eine Sonderstellung einnehmen. Durch das Wahlverhalten beim Brexit-Referendum und der US-Präsidentenwahl ist allerspätestens deutlich geworden, dass sich im Konflikt zwischen ländlichen und städtischen Räumen neuartige intermediäre Formationen herausgebildet haben. Welche neuen Gruppen, Milieus und Organisationen bilden sich im Rahmen der von Konsumkultur, hoher Mobilität und starker Differenzierung geprägten Städte? Geht daraus ein neuer städtischer Geist hervor?

Der zweite Punkt adressiert die Zivilgesellschaft, an deren globale Ausbreitung noch immer hohe Erwartungen geknüpft werden. Der „dunklen“ (z. B. klientelistischen) Seite der Zivilgesellschaft fehlt es nicht nur an demokratietheoretischer Legitimität, das wissenschaftliche Interesse an ihr ist ebenfalls gering. Der derzeitige Höhenflug rechtspopulistischer Organisationen fordert jedoch die Zivilgesellschaftsforschung heraus: Einerseits sollte das Zusammenwirken rechtsgerichteter Organisationen mit den fortbestehenden intermediären Akteuren in den Fokus rücken. Andererseits müssten auch die Verbindungen zur transnationalen rechtsgerichteten Zivilgesellschaft noch stärker erforscht werden.

Der dritte und letzte Punkt zielt auf die Personalisierung der Politik, die oft als Bestandteil einer Amerikanisierung angesehen und mit dem Aufstieg des Populismus in Verbindung gebracht wird. Der Fall Südkoreas zeigt jedoch, dass die hohe Identifikation mit Personen bei Wahlen mit spezifischen institutionellen, organisatorischen und kulturellen Faktoren des Landes zusammenhängt. In Deutschland ist es schwer vorstellbar, dass sich die persönliche Parteiidentifikation in kurzer Zeit in Richtung einer Personenidentifikation verschieben könnte. Länder- und kulturvergleichende Studien können somit den Blick für die sich ständig verändernde Form intermediärer Akteure schärfen. In Anbetracht der aktuellen Situation der weltweiten Demokratie versteht sich die vorliegende Studie als ein Plädoyer dafür, stärker die informellen und alltäglichen Beziehungen zwischen Personen und intermediären Formationen in den Blick zu nehmen, anstatt die „großen“ Narrative über Demokratisierung und Globalisierung immer weiter voranzutreiben.

Literatur

- Anheier, Helmut K. (2005): *Nonprofit Organizations. Theory, management, policy*. London/New York: Routledge
- Anheier, Helmut K.; Glasius, Malies; Kaldor, Mary (Hgg.) (2001): *Global Civil Society 2001*. Oxford: Oxford University Press
- (2005): *Global Civil Society 2004/5*. London: Sage
- Auyero, Javier (1999): „From the client's point(s) of view": How poor people perceive and evaluate political clientelism“, in: *Theory and Society* 28: 297–334
- Aytaç, S. Erdem; Öniş, Ziya (2014): „Varieties of Populism in a Changing Global Context: The Divergent Paths of Erdoğan and Kirchnerismo“, in: *Comparative Politics* 47.1: 41–59

- Beck, Ulrich; Grande, Edgar (2010): „Varieties of second modernity: the cosmopolitan turn in social and political theory and research“, in: *The British Journal of Sociology* 61.3: 409–443
- Boli, John; Thomas, George M. (1999): *Constructing World Culture: International Nongovernmental Organizations Since 1875*. Stanford: Stanford University Press
- Chang, Kyung-Sup (1999): „Compressed modernity and its discontents: South Korean society in transition“, in: *Economy and Society* 28.1: 30–55
- (2010): *South Korea under Compressed Modernity. Familial political economy in transition*. London/New York: Routledge
- (2018): *Nae'il-üi chong'ön?: Ka'chok cha'yu'chu'üi-wa sa'hoe'-chae'saeng'san-üi wi'gi* (The end of tomorrow?: Familial liberalism and social reproduction). Seoul: Chip'mun'dang
- Chang, Woo Young (2007): „ICTs-wa chöng'dang-üi chök'üng: Chöng'ch'in Fanclub-üi yök'hal-ül chung'sim-ü'ro“ (ICTs and political parties' adaptation: Focusing on the political fan club's role), in: *Kuk'che chöng'chi non'ch'ong* 47.1: 95–120
- Cho, Dae-Yop (2002): „Se'gye'hwa-wa han'guk si'min'sa'hoe'-üi yök'üng'söng“ (Globalization and the responsiveness of Korean civil society), in: *Kyöng'che-wa sa'hoe* 54: 113–138
- Cho, Sung-Ik (2007): *Min'chu-chök che'do-üi do'ip-i ö'ttö'ge min'chu'chu'üi-tu'hi'toe-rül ka'chyö'o'nün'ga?* (How Does the Democratic Institution Bring the Retreat of Democracy?), in: *Kyöng'che-wa sa'hoe* 74: 139–170
- Choi, Jang Jip (1993): „Political Cleavages in South Korea“, in: Koo, Hagen (Hg.): *State and Society in Contemporary Korea*, New York: Cornell University, 13–50
- Chrysochoou, Dimitris; Stavridis, Stelios; Moschonas, Andreas (2000): „Greece and the European Union after Amsterdam“, in: Mitsos, Achilleas; Mossialos, Elias (Hgg.): *Contemporary Greece and Europe*, Aldershot: Ashgate, 183–204
- Cigler, Allan; Loomis, Burdett (1998): „From Big Bird to Bill Gates: Organized Interests and the Emergence of Hyperpolitics“, in: Cigler, Allan; Loomis, Burdett (Hgg.): *Interest Group Politics*, Washington: Congressional Quarterly, 389–403
- Croissant, Aurel (1997): „Demokratisierung in Südkorea. Die Rolle der Gewerkschaften und Unternehmerverbände“, in: *ASIEN* 65: 5–22
- (2017): „Die deutschsprachige Forschung zur Transformation politischer Systeme in Asien – Perspektiven, Profile und Befunde“, in: *ASIEN* 144: 135–151
- Dittmer, Lowell (2000): *Informal Politics in East Asia*. Cambridge: Cambridge University Press
- Eisenstadt, Shmuel (2000): „Multiple Modernities“, in: *Daedalus* 129.1: 1–30
- Eisenstadt, Shmuel; Roniger, Luis (1980): „Patron–Client Relations as a Model of Structuring Social Exchange“, in: *Comparative Studies in Society and History* 22.1: 42–77
- (1984): *Patrons, clients and friends. Interpersonal relationships and the structure of trust in society*. Cambridge: Cambridge University Press
- Elias, Norbert (1997): *Über den Prozess der Zivilisation. Band II: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Flinders, Matthew; Wood, Matt (2015): „When Politics Fails: Hyper-Democracy and Hyper-Depoliticization“, in: *New Political Science* 37.3: 363–381
- Gerhards, Jürgen (2001): „Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989“, in: *Zeitschrift für Soziologie* 30.3: 163–184
- Ha, Seung-Chang (2006): „90-nyö'dae chung'ang'chip'chung'hyöng si'min'un'dong-üi han'gye-wa pyön'hwa-e kwan-han yön'gu“ (A study on the limit and change of the centralized '90s civic activism). Master thesis, Yonsei University, Seoul

- Han, Sang-Jin (1983): „Kwan'ryo-chök kwön'wi'chu'ü-ha-esō- üi min'chu'chu'üi- üi chön'mang“ (Perspective of democracy under bureaucratic authoritarianism), in: Han'guk sa'ho'e'hak'ho'e (Hg.): *Han'guk sa'ho'e ö'di-ro ka'go' iss'na?* (Korean Society, Where is it Going?), Seoul: Hyön'dae'sa'ho'e yön'gu'so, 9–36
- Hartleb, Florian (2012): „Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62.5–6: 22–29
- Hong, Sung-Tai; Shin, Jong-Hwa (2007): „Han'guk si'min'sa'ho'e-üi chöng'chi'gwa'chöng-gwa söng'gyök'byön'hwa“ (The political process of Korean civil society and its changing characters), in: *Min'chu'chu'üi-wa in'kwön* 7.1: 321–345
- Huntington, Samuel (1991): „How Countries Democratize“, in: *Political Science Quarterly* 106: 579–616
- Hüstebeck, Momoyo (2006): *Park Geun-hye: Als Präsidententochter zur ersten Staatspräsidentin Südkoreas?* Duisburg: IN-EAST (Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, 66)
- Jenkins, Matthew; Sriram, Shyam; Choi, Jaedong (2016): „A comparative analysis of collective action frames in Nosamo and the Tea Party“, in: *Asian Journal of Comparative Politics* 2.3: 293–307
- Joe, Hee Yeon (2001): *NGO ga'i'dü* (NGO Guide), Seoul: Han'gyö're sin'mun'sa
- Kern, Thomas (2004): „Strukturodynamiken im Demokratisierungsprozess. Das Fallbeispiel Südkoreas“, in: *ASIEN* 93: 52–72
- (2005): *Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel*. Frankfurt a. M.: Campus
- (2007): „Modernisierung und Demokratisierung: Das Erklärungspotenzial neuerer differenzierungstheoretischer Ansätze“, in: *KZfSS* 59.1: 30–58
- (2010): „Translating Global Values into National Contexts: The Rise of Environmentalism in South Korea“, in: *International Sociology* 25.6: 869–896
- Kern, Thomas; Nam, Sang-Hui (2009): „The Making of a Social Movement: Citizen Journalism in South Korea“, in: *Current Sociology* 57.5: 637–660
- (2011): „The Transformation of the Democratic Media Movement and the Institutionalization of Citizen Journalism“, in Shin, Gi-wook; Chang, Paul Y. (Hgg.): *From Democracy to Civil Society*, London: Routledge, 173–189
- Kim, Wang-Bae (2017): „Hyöm'o hok'ü me'sü'kkö'üm-kwa pae'chae-üi saeng'myöng'-chöng'chi“ (Aversion, disgust and bio-politics of exclusion), in: *Sa'ho'e'sa'sang-kwa mun'hwa* 20.1: 111–149
- Kim, Wong Dong; You, Pal Moo (2004): „Han'guk-üi kuk'ga-wa kye'gü� gü'ri'go si'min'un'dong“ (State, class and civic movement in Korea), in: *Sin'roe'-yön'gu* 14.1: 137–160
- Kimura, Kan (2009): „A Populist with Obsolete Ideas: The Failure of Roh Moo-hyun“, in: Mizuno, Kosuke; Phongpaichit, Pasuk (Hgg.): *Populism in Asia*, Singapore: Nus Press in association with Kyoto University Press, 167–180
- Köllner, Patrick (2000): „Informelle Politik in Südkorea: Allgemeine Anmerkungen und das Beispiel der Nationalversammlung“, in: Köllner, Patrick (Hg.): *KOREA 2000: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hamburg: Institut für Asienkunde, 61–82
- Korte, Karl-Rudolf (2013): *Wahlen in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (8. überarb. und aktualisierte Aufl.)
- Krennerich, Michael (2017): „Mehr als Imitation. Auch Autokraten lassen wählen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67.44–45: 39–44
- Kusche, Isabel (2016): *Politischer Klientelismus: Informelle Macht in Griechenland und Irland*. Frankfurt a. M./New York: Campus
- Lim, Hyun-Chin; Kong, Suk-Ki (2006): „Chi'gu-si'min'sa'ho'e-üi chak'dong'wön'ri-wa han'guk sa'ho'un'dong-üi cho'guk'chök dong'wön chön'ryak“ (The logic of global civil society – transnational mobilization strategy of SMOs in Korea), in: *Han'guk sa'ho'e'hak* 40.2: 1–36

- (2010): „Se'gye'sa'hoe-fo'röm-kwa han'guk-sa'hoe-un'dong“ (The World Social Forums and Korean social movements), in: *Kuk'che chöng'chi non'ch'ong* 50.1: 341–372
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): „Cleavage Structures, Party systems, and Voter Alignments: An Introduction“, in: Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (Hgg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*, London: Macmillan, 1–64
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1974): *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin: Dietz Verlag (zuerst erschienen 1848)
- Merkel, Wolfgang (1997): „Die Bedeutung intermediärer Regimes in der Konsolidierung der Demokratie Ostmitteleuropas“, in: Dittrich, Eckhard; Fürstenberg, Friedrich; Schmidt, Gert (Hgg.): *Kontinuität im Wandel: Betriebe und Gesellschaften Zentraleuropas in der Transformation*. München: Hampp, 181–204
- (2011): „Volksabstimmungen: Illusion und Realität“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61.44–45: 47–55
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen (1999): *Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Merton, Robert K. (1968): *Social Theory and Social Structure*. New York: Macmillan
- Meyer, John (2010): „World Society, Institutional Theories, and the Actor“, in: *Annual Review of Sociology* 36.1: 1–20
- Meyer, John W.; Frank, David J.; Hironaka, Ann; Schofer, Evan; Tuma, Nancy B. (1997): „The Structuring of a World Environmental Regime, 1870–1990“, in: *International Organization* 51.4: 623–651
- Nam, Sang-Hui (2010): „The Women's Movement and the Transformation of the Family Law in South Korea. Interactions Between Local, National and Global Structures“, in: *European Journal of East Asian Studies* 9.1: 67–86
- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic Authoritarianism: Studies in South American Politics*. Berkeley: University of California
- (1994): „Delegative Democracy“, in: *Journal of Democracy* 5.1: 55–69
- (1996): „Illusions About Consolidation“, in: *Journal of Democracy* 7.2: 34–51
- Park, Jae Heung (1995): „Sin'se'dae-üi il'sang'chök üi'sik-kwa ha'wi'mun'hwa-e kwan'han chil'chök yön'gu“ (Everyday-life consciousness and subculture of new generation: A qualitative analysis), in: *Han'guk sa'hoe'hak* 29: 651–683
- Park, Keun Young (2015): *Chi-yök min'chu'chu'üi-wa kwan'byön'dan'che-e dae'han ki'cho'yön'gu* (A basic study on regional democracy and quasi-autonomous NGOs), Seoul: Han'guk'-min'chu'chu'üi - yön'gu'so, Min'chu'hwa-un'dong-gi'nyöm-sa'öp'hoe
- Roniger, Luis; Günes-Ayata, Ayse (Hgg.) (1994): *Democracy, Clientelism, and Civil Society*. London: Lynne Rienner
- Roose, Jochen; Schäfer, Mike S.; Schmidt-Lux, Thomas (Hgg.) (2017): *Fans. Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS
- Rössel, Jörg; Bromberger, Kathi (2009): „Strukturiert kulturelles Kapital auch den Konsum von Populärkultur?“, in: *Zeitschrift für Soziologie* 38.6: 494–512
- Rostow, Walt (1997): *The Stages of Economic Growth – A non-communist Manifesto*. Cambridge: Cambridge University Press
- Roth, Roland (2015): „Intermediäre Akteure in einer ‚vielfältigen Demokratie‘“, in: *Kommunikation* Oktober-November: 226–230
- Rucht, Dieter (2007): „Das intermediäre System politischer Interessenvermittlung“, in: Jarren, Otfried; Armingeon, Klaus (Hgg.): *Entgrenzte Demokratie?: Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. Baden-Baden: Nomos, 19–32

-
- Schimank, Uwe (2000): *Handeln und Strukturen: Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. Weinheim: Juventa
- Shin, Jin-Wook (2008): „Po'su'dan'che i'de'ol'ro'gi-üi kae'nyöm'gu'cho, 2000–2006“ (The Conceptual Structure of Ideologies of Korean Conservative Associations, 2000–2006), in: *Kyöng'che-wa sa'hoe* 78: 163–193
- Sennett, Richard (2006): *The Culture of the New Capitalism*. New Haven/London: Yale University Press
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay; Brady, Henry (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen: J. C. B. Mohr (zuerst erschienen 1922)
- Yee, Jaeyeol; Nam, Eun-Young (2008): „Han'guk'in-üi sa'hoe'-chök cha'bon“ (The social capital of Koreans), in: *Han'guk sa'hoe'hak* 42.7: 178–214